

ANSPRECHPARTNER



Nico Weinmann

Rechtspolitischer Sprecher

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9380



Julia Goll

Strafvollzugsbeauftragte

julia.goll@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9220



Hans Dieter Scheerer

Migrationspolitischer Sprecher

hans-dieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9280



Sven Joacobs

Parlamentarischer Berater

domenico.burkart@fdp.landtag-bw.de
+49 711 2063-9139

RECHT, VERFASSUNG & MIGRATION

Wir widmen uns selbstverständlich auch in Krisenzeiten eingehend und konstruktiv den Bereichen Recht, Verfassung und Migration, um unser Land zukunftssicher aufzustellen und die wichtigen liberalen Werte in der Landespolitik zu vertreten.

Unsere Justiz

Die Herausforderungen an die Justiz wachsen unentwegt. Unsere **Unterstützung gilt der gesamten Justiz als Schutzschild von Rechtsstaat und Demokratie**, wir setzen uns für eine personelle und finanzielle Stärkung unseres Justizapparates und eine Beschleunigung der landesweiten Implementierung der e-Strafakte ein.

Weiterhin stehen wir nachdrücklich für den Schutz der Unabhängigkeit der Justiz ein und für die Wahrung ihrer Beteiligungsrechte bei Stellenbesetzungen. Das hierfür vom Gesetz vorgegebene Verfahren hat Justizministerin Gentges versucht auszuhebeln, als sie im Streit um die Besetzung des Chef-Postens des OLG Stuttgart nicht den Richterwahlausschuss anrief, sondern Klage erhob. Dies hat für erhebliche Irritation in der Richterschaft gesorgt. Mit ihrer Klage ist die Justizministerin vor dem Verwaltungsgericht gescheitert; das zerschlagene Porzellan bleibt. Wir Freie Demokraten werden die Vorgänge weiter kritisch begleiten und uns gegebenenfalls für eine noch deutlichere gesetzliche Regelung einsetzen, die **Parteidünkel einen klaren Riegel vorschiebt**.

Extremismus bekämpfen

Neben den „klassischen“ Motivationen von rechts, links oder religiös geprägten Erscheinungsformen beobachten wir zunehmend weitere Formen der Radikalisierung. Der Verfassungsschutz leistet hier wertvolle, auch präventive, Arbeit. Die **Wahrung rechtsstaatlicher Garantien** auch im Landesamt für Verfassungsschutz verfolgen wir im Parlamentarischen Kontrollgremium.

Strafvollzug

Im Strafvollzug wird von unseren Beschäftigten **wertvolle Arbeit im Dienste der Resozialisierung** geleistet. Eine **zunehmende Anzahl** an körperlichen und verbalen **Übergriffen** durch Gefangene **können wir nicht hinnehmen**. Hier erwarten wir zunächst einmal aussagekräftige Zahlen aus dem Justizministerium.

Medien

Wir Freie Demokraten treten für Vielfalt und Wettbewerb auf dem Rundfunk- und Fernsehmarkt ein. Einschränkungen und möglichen Bedrohungen dieses Wettbewerbs treten wir entschieden entgegen. So ist es uns beispielsweise bei den Beratungen des Landesmediengesetzes gelungen, die zu kurzen und mithin wettbewerbsverzerrenden und investitionsunfreundlichen Zuweisungsdauern für Lizenzen für den privaten Rundfunk angemessen zu verlängern.

DIE WICHTIGSTEN INITIATIVEN

Pressemitteilungen

- » [Weinmann und Goll: Justizministerium umgeht den Richterwahlausschuss](#)
- » [Weinmann und Goll: Justizministerin bagatellisiert im Land einmalige Vorgänge](#)
- » [Rülke: Gerichtsentscheidung beweist, wie unmöglich sich die Justizministerin mit ihrem Verhalten machte](#)
- » [Weinmann: Opposition wirkt zugunsten der Radiovielfalt](#)
- » [Weinmann: Fairer Wettbewerb braucht gleiche Chancen](#)

Anträge:

- » [17/2769](#) - Stellenbesetzungsverfahren am OLG Stuttgart und Richterwahlausschuss
- » [17/3382](#) - Entwicklung der Einbürgerungszahlen in Baden-Württemberg
- » [17/3155](#) - Registrierung ukrainischer Geflüchteter und behördliche Zusammenarbeit
- » [17/2573](#) - Besonderer Schutzbedarf von LSBTTIQ-Geflüchteten

IM FOKUS

ZUWANDERUNG NACH DER ZEITENWENDE

Arbeitskreis:
**Recht, Verfassung
& Migration**

Ansprechpartner:
**Nico Weinmann
Julia Goll
Hans Dieter Scheerer**

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine und die damit stark gestiegene Zahl der Geflüchteten stellen Land und Kommunen vor große Probleme. Die Finanzierungsfrage war oft ungeklärt, zudem wird es immer schwieriger, ausreichend Wohnfläche für die Geflüchteten zur Verfügung zu stellen.

Wir setzen uns für eine Unterstützung und Stärkung der Kommunen, für eine sinnvolle Verteilung der Geflüchteten auf EU-Ebene und ein Einwanderungsrecht ein, das insbesondere Fachkräften **attraktive Chancen bietet, langfristig bleiben zu dürfen**, sofern die Voraussetzungen dafür erfüllt werden, **aber auch Abschiebungen derjenigen konsequent durchführt, die diese eben nicht erfüllen**.

Hinsichtlich der Landeserstaufnahmestelle in Ellwangen, die nach den Vorstellungen der Stadt zum Jahresende 2022 geschlossen werden soll, muss schnellstmöglich eine Klärung und damit dringend notwendige Planungssicherheit herbeigeführt werden. Der drohende Rechtsstreit der Kommune mit dem Land muss von der Landesregierung vermieden, eine zielführende Lösung gefunden werden.

Der seit Sommer geltende **Rechtskreiswechsel** für ukrainische Geflüchtete muss **rückgängig** gemacht werden, um die Kommunen finanziell und verwaltungstechnisch zu ent-

lasten. Dies führt zudem zu einer Gleichbehandlung aller Geflüchteten, gleich ihrer Herkunft.

Die von der Ampel im Bund vorgestellten Eckpunkte für ein neues **Einwanderungsgesetz** beinhalten das Chancen-Aufenthaltsrecht sowie beschleunigte Asylverfahren und sorgen damit auch für bessere Möglichkeiten für Fachkräfteeinwanderung. Für einen Vorgriffserlass des Landes auf das Chancen-Aufenthaltsrecht setzen wir uns im Land schon lange ein. Daher werden wir die Umsetzung dieser Pläne des Bundes auf Landesebene konstruktiv begleiten, um denjenigen mit echter Bleibeperspektive genau diese zu ermöglichen.

Gleichsam jedoch muss auch die **Abschiebung derjenigen**, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen oder die sich **nicht an unsere Gesetze halten, konsequent durchgeführt** werden.

Hier geht's zurück zur Übersicht!

Alle Rechte vorbehalten. Die Rechte für die Verwendung der Abbildungen und Textbeiträge liegen bei der FDP/DVP-Fraktion. Diese Veröffentlichung gilt ausschließlich der Information. Sie darf während des Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.